



HISTORISCH- POLITISCHE MITTEILUNGEN

**ARCHIV FÜR
CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
POLITIK**

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Michael Borchard, Thomas Brechenmacher, Günter Buchstab,
Hans-Otto Kleinmann und Hanns Jürgen Küsters

27. Jahrgang
2020

Böhlau Verlag Wien Köln Weimar

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN
Archiv für Christlich-Demokratische Politik
27. Jahrgang 2020

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Michael Borchart, Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Dr. Günter Buchstab,

Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann und Prof. Dr. Hanns Jürgen Küsters

Redaktion: Dr. Wolfgang Tischner, Dr. Christopher Beckmann

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

D-53757 Sankt Augustin

Tel. 02241 / 246 2240

Fax 02241 / 246 2669

E-Mail: zentrale-wd@kas.de

Internet: www.kas.de

© 2020 by Böhlau Verlag GmbH & Cie. KG

Lindenstr. 14, D-50674 Köln

www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

Alle Rechte vorbehalten.

Satz: SchwabScantechnik, Göttingen

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-52148-6

Bezugsbedingungen:

Erscheinungsweise: jährlich. Fragen sind zu richten an den Leserservice

Brockhaus Commission, Kreidlerstr. 9, D-70806 Kornwestheim,

Tel.: (0 71 54) 13 27 92 19, E-Mail: r.haeusler@brocom.de. Preise und weitere

Informationen unter www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

Inhalt

AUFSÄTZE

<i>Jan Markert</i>	5
Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“. Kaiser Wilhelm I. und die Zentrumspartei	
<i>Caroline Galm</i>	27
Integrative „Beziehungsarbeit“: Augusta von Preußen und ihr politischer Umgang mit der katholischen Bevölkerung	
<i>Jonas Roch</i>	51
„Wir dürfen nie verzagen, nie klagen, dann kommt auch für mich der Tag der Freiheit.“ Zum Leben und Wirken von Carl Schulze in zwei deutschen Diktaturen	
<i>Julius Trugenberger</i>	83
Der Theologe und Intellektuelle unter den Politikern: Eugen Gerstenmaier als Schüler Friedrich Brunstäds und Emil Brunners	
<i>Matthias Stickler</i>	117
70 Jahre Unterzeichnung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen. Anmerkungen zu einem oft missverstandenen Dokument	
<i>Günter Buchstab</i>	133
Die Whistleblower von 1970 – Die Enthüllung des geheimen „Bahr- Papiers“. Zur Vorgeschichte des Moskauer Vertrags zwischen der Sowjet- union und der Bundesrepublik Deutschland	
<i>Martin Falbisoner</i>	153
Netzpolitik vor dem World Wide Web. Die CDU, das Kabelfernsehen und der Bildschirmtext	
<i>Guido Hitze</i>	181
Am Anfang war Weimar. Alte und neue Erkenntnisse und Quellen zur Neubildung der Länder nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung Nordrhein-Westfalens	

MISZELLE

<i>Rudolf Morsey</i>	265
Heinrich Brüning privat in Köln 1951–1955	

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

XVIII. „Vergangenheitsbewältigung“ oder Erinnerungskultur?
Helmut Kohl und der Umgang mit der deutschen Geschichte in der
Bundesrepublik der 1980er und 1990er Jahre

<i>Horst Möller</i>	283
Helmut Kohl – Geschichtsbewusstsein und Geschichtspolitik	

<i>Michael Borchard</i>	299
„Die Gnade der späten Geburt“ – ein missinterpretierter Satz und das Geschichtsbild von Helmut Kohl	

<i>Ulrich Lappenküper</i>	315
Verdun als historisches Symbol: Helmut Kohl und François Mitterrand	

<i>Günter Buchstab</i>	337
Die Edition der Bundesvorstandsprotokolle der CDU als Quelle der Ära Kohl	

WÜRDIGUNG

<i>Jürgen Rüttgers</i>	347
Bernhard Worms zum 90. Geburtstag	

NEUERSCHEINUNGEN ZUR CHRISTLICHEN DEMOKRATIE	367
------------------------------------------------------	-----

Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen	375
-----------------------------------------------	-----

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Bandes	391
------------------------------------------------------	-----

AUFsätze

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“. Kaiser Wilhelm I. und die Zentrumspartei

Jan Markert

I.

Die Nachricht der Ergebnisse der Reichstagswahl vom 10. Januar 1877 schlug im Berliner Kaiserpalais wie eine Bombe ein. „Die neuesten Wahlen haben den alten Herren sehr entsetzt“, berichtete Albrecht von Stosch, Chef der Kaiserlichen Admiralität. „Der Begriff der Stellung hoch über den Parteien, ist einem Kinde seiner Zeit unmöglich.“¹ Die katholische Zentrumspartei hatte mit knapp 25 % Stimmenanteil zwar geringe Verluste gegenüber der Wahl 1874 erlitten. Das Wahlergebnis machte jedoch deutlich, dass sich die Partei nicht einmal sieben Jahre nach ihrer Gründung als zweitstärkste Fraktion im Reichstag des jungen deutschen Kaiserreichs hatte etablieren können. Und das trotz – oder aufgrund – der seitens der Reichsleitung betriebenen Kulturkampfpolitik gegen den ‚Ultramontanismus‘.² Kaiser Wilhelm I. betrachtete diese Entwicklung mit größter Besorgnis. Sein Verhältnis zur Zentrumspartei kann dabei als kritisch bis durchaus feindlich bezeichnet werden. Geprägt war diese Sichtweise einerseits durch eine politisch wie theologisch motivierte Ablehnung von Papsttum

-
- 1 Albrecht von Stosch an Gustav Freytag, 25. Januar 1877, in: Winfried Baumgart (Hg.): General Albrecht von Stosch. Politische Korrespondenz 1871–1896 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 70). Oldenburg 2014, S. 183.
 - 2 Die Geschichte der Zentrumspartei im jungen deutschen Kaiserreich darf unter dem Aspekt des Verhältnisses der Regierung Bismarck zum politischen Katholizismus als erschöpfend erforscht und detailliert beschrieben gelten. Siehe hierzu insbesondere Erich Schmidt-Volkmar: Der Kulturkampf in Deutschland 1871–1890. Göttingen 1962; David Blackburn: Die Zentrumspartei und die deutschen Katholiken während des Kulturkampfs und danach, in: Otto Pflanze (Hg.): Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 2). München/Wien 1983, S. 73–94; Rudolf Morse: Bismarck und das Zentrum, in: Lothar Gall (Hg.): Otto von Bismarck und die Parteien (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe 3). Paderborn u. a. 2001, S. 43–72; Christoph Nonn: Bismarck und der Politische Katholizismus, in: Andreas Linsenmann/Markus Raasch (Hg.): Die Zentrumspartei im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven. Münster 2015, S. 241–260; Ulrich Lappenküper: „Nach Canossa gehen wir nicht“. Otto von Bismarck und der preußisch-deutsche Kulturkampf, in: Ders./André Ritter/Arnulf von Scheliba (Hg.): Europäische Kulturkämpfe und ihre gegenwärtige Bedeutung (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe 24). Paderborn 2017, S. 183–206.

und Katholizismus. Andererseits sah er durch die Veränderungen der Parteienlandschaft des Reichstags den Fortbestand der monarchischen Herrschaft im Reich und in Preußen gefährdet.

Person und Politik Wilhelms I. wurden und werden seitens der historischen Forschung meist zugunsten einer bismarckzentrierten Perspektive marginalisiert. Der erste Deutsche Kaiser verschwand bereits kurz nach seinem Tod 1888 im Schatten des „Eisernen Kanzlers“ Otto von Bismarck.³ Eine eingehende wissenschaftliche Darstellung von Wilhelms Leben und Herrschaft stellt bis heute ein Desiderat dar.⁴ Dass sich der Monarch nach 1871 mit einer vermeintlich passiven Beobachterrolle begnügte, während allein Reichskanzler Bismarck aktiv die Regierungsgeschäfte leitete und gestaltete, lässt sich aus den Quellen nicht rechtfertigen. Auch im hohen Alter blieb Wilhelm I. ein eigenständiger politischer Akteur, der mehr als gewillt war, die im neuen gesamtdeutschen konstitutionellen System verbliebenen monarchischen Prärogative auszuüben und zu verteidigen. Bismarck war stets um das ‚Allerhöchste Vertrauen‘ seines Souveräns bemüht, stellte doch die kaiserliche Autorität seine

-
- 3 Diese Darstellung lässt sich bis zu Erich Marcks erstmals 1897 veröffentlichter populärer Kaiserbiographie zurückverfolgen. Vgl. Erich Marcks: *Kaiser Wilhelm I.* 9. Aufl. Hg. von Karl Pagel. Berlin 1943. Wolfgang Neugebauer bezeichnet Marcks daher nicht zu Unrecht als „Verfasser einer noch heute nicht ersetzten Biographie Wilhelms I.“ Wolfgang Neugebauer: *Preußen in der Historiographie. Epochen und Forschungsprobleme der preußischen Geschichte*, in: Ders. (Hg.): *Handbuch der preußischen Geschichte*. Bd. 1. Das 17. und 18. Jahrhundert und große Themen der Geschichte Preußens. Berlin/New York 2009, S. 3–112, hier 34 f.
- 4 Beispielhaft verzichtet die jüngst von Robert-Tarek Fischer verfasste Biographie Wilhelms I. durchgehend auf eine Verwendung der umfangreichen archivalischen Privatkorrespondenz des Monarchen, was zu zahlreichen fehlerhaften und falschen Argumenten hinsichtlich dessen Person und Politik führt. Fischer porträtiert Wilhelm in erster Linie als ‚Soldatenkönig‘, dessen Einfluss hauptsächlich in militärischen Fragen spürbar gewesen sei. Vgl. Robert-Tarek Fischer: *Wilhelm I. Vom preußischen König zum Deutschen Kaiser*. Köln u. a. 2020. Guntram Schulze-Wegeners 2015 veröffentlichte populärwissenschaftliche Biographie fußt lediglich auf einer lückenhaften Auswahl gedruckter Quellen. Vgl. Guntram Schulze-Wegeners: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser. König von Preußen. Nationaler Mythos*. Hamburg 2015. Der Verfasser dieses Beitrags bereitet derzeit im Rahmen seiner Dissertation eine wissenschaftlich fundierte Biographie des ersten Hohenzollernkaisers mit einem Hauptfokus auf dem Zeitraum 1840 bis 1866 vor. Für die hier erörterte Thematik siehe ergänzend Bernt Satlow: *Wilhelm I. als summus episcopus der altpreußischen Landeskirche. Persönlichkeit, Frömmigkeit, Kirchenpolitik*, Dissertation. Halle 1960 [maschinenschriftlich]; Karl Heinz Börner: *Wilhelm I. Deutscher Kaiser und König von Preußen. Eine Biographie*. Berlin 1984. Satlow wie Börner nutzen in Teilen den umfangreichen archivalischen Nachlass Wilhelms I. für ihre Analysen, folgen jedoch unkritisch einem tradierten bismarckzentrischen Narrativ (Satlow) beziehungsweise einem dezidiert marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnis (Börner). Daniel Scholaster (Albrecht-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.) analysiert derzeit im Rahmen seiner Dissertation (*Zwischen Thron und Altar – Wilhelm I. als summus episcopus*) das Kirchenregiment Wilhelms I.

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ 7

einzigste Machtbasis dar.⁵ Der Kulturkampf etwa, der das Verhältnis von Krone, Regierung, Zentrum und Katholiken im Kaiserreich entscheidend prägte, war nur möglich, da der Kaiser diesen ersten innenpolitischen „Präventivkrieg“⁶ seines Kanzlers mitrug. Hier lässt sich beispielhaft darstellen und analysieren, wie Wilhelm seine politische Rolle nach 1871 auffasste und ausfüllte. Im Folgenden werden die Gründe analysiert, die den Monarchen dazu bewogen, einen langjährigen Konflikt mit dem Katholizismus zu führen. Dabei soll hervorgehoben werden, dass das Verhältnis des ersten Hohenzollernkaisers zur Zentrumsparterie in vielerlei Hinsicht charakteristisch für dessen Position und Auftreten gegenüber Reichstag und Reichstagsfraktionen war – und dass letztendlich Wilhelm I. eine größere Rolle in der Geschichte und Entwicklung des deutschen Parlamentarismus des 19. Jahrhunderts spielte, als bislang dargestellt.

-
- 5 Zur politischen Stellung Wilhelms I. nach 1871, seinem Verhältnis zu Bismarck und seinem Einfluss innerhalb der Reichsleitung – am Beispiel der Außenpolitik – siehe ausführlich Jan Markert: Es ist nicht leicht, unter Bismarck Kaiser zu sein? Wilhelm I. und die deutsche Außenpolitik nach 1871 (Friedrichsruher Beiträge 51). Friedrichsruh 2019. Das System Bismarck war keineswegs charismatischer Natur und Legitimität, wie es prominent von Hans-Ulrich Wehler dargestellt wurde. Vgl. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 3: Von der ‚Deutschen Doppelrevolution‘ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914. München 1995, S. 849–864. Statt dessen gründete die Machtposition des Reichskanzlers allein auf der traditionellen Herrschaft der Hohenzollernmonarchie, wie die neuere Forschung überzeugend argumentiert. Vgl. Christian Jansen: Otto von Bismarck. Modernität und Repression, Gewalttätigkeit und List. Ein absolutistischer Staatsdiener im Zeitalter der Massenpolitik, in: Frank Möller (Hg.): Charismatische Führer der deutschen Nation. München 2004, 63–83; Hartwin Spenkuch: Preußen – eine besondere Geschichte. Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur. Göttingen 2019, S. 214–216. Die Herrschaftspraxis Wilhelms I. während der Kaiserzeit ist zudem Thema einer jüngst von Frederik Frank Sterkenburgh (Universität Utrecht) verfassten Dissertation (William I and monarchical rule in Imperial Germany, 1871–1888), deren Publikation derzeit vorbereitet wird. Siehe bis dahin Frederik Frank Sterkenburgh: Revisiting the ‚Prussian triangle of leadership‘. Wilhelm I and the military decision-making process of the Prussian high command during the Franco-Prussian War, 1870–71, in: Martin Claus/Christoph Nübel (Hg.): Militärisches Entscheiden. Voraussetzungen, Prozesse und Repräsentationen einer sozialen Praxis von der Antike bis zum 20. Jahrhundert (Krieg und Konflikt 9). Frankfurt a. M./New York 2020, S. 430–454; Ders.: Staging a monarchical-federal order. Wilhelm I as German Emperor, in: German History [erscheint 2021]; Ders.: Royal entries in nineteenth century Germany. Emperor Wilhelm I and the staging of authority, 1848–1888 in: Eva Giloi (Hg.): Staging Authority. Berlin [erscheint 2021].
- 6 Rudolf Morsey: Der Kulturkampf. Bismarcks Präventivkrieg gegen das Zentrum und die katholische Kirche, in: Manfred Weitlauff (Hg.): Kirche im 19. Jahrhundert (Themen der Katholischen Akademie in Bayern). Regensburg 1998, S. 163–185.

II.

Als tief überzeugter Protestant stand Wilhelm der katholischen Kirche Zeit seines Lebens mit persönlicher Ablehnung gegenüber.⁷ Wie Karl von Wilmowski, als Chef des Geheimen Zivilkabinetts ein langjähriger persönlicher Mitarbeiter des Kaisers, sich erinnerte, machte der Herrscher zwar „zwischen Evangelischen und Katholischen als Persönlichkeiten gar keinen Unterschied, er hatte unter letzteren sehr vertraute Personen, welche er hoch schätzte“, doch „widerstrebte ihm der Katholizismus als solcher durchaus; über Messe, Gottesdienst, kirchliche Gebräuche äußerte er sich ablehnend“.⁸ Dass im gemischtkonfessionellen Preußen religiöse Streitfragen stets Gefahr liefen, politische Brisanz zu gewinnen, war Wilhelm bewusst. Die „konfessionellen Aufregungen sind [...] die schlimmsten“, argumentierte er, „weil sie den gemeinen Mann angehen, der von politischen Umrtrieben nichts weiß. Wie leicht ist es aber, das Volk aufzuregen zu politischen Zwecken, wenn man ihnen die Religion als gefährdet schildert.“⁹

In seinen Augen wurde der Konfessionsfriede 1870 durch zwei Ereignisse nachhaltig gestört: Die Verkündung des als anachronistisch empfundenen Infallibilitätsdogmas durch Papst Pius IX. im Zuge des Ersten Vatikanischen Konzils und die Eroberung des Kirchenstaats durch das Königreich Italien, die sogenannte römische Frage. In mehreren Bittschriften wurde der Monarch im Namen der preußischen und deutschen Katholiken öffentlich aufgefordert, sich für die Wiederherstellung der päpstlichen Territorialherrschaft einzusetzen.¹⁰ Königin Augusta warnte ihren Ehemann eindringlich, die Annexion des Kirchenstaates drohe „der Revolution Vorschub zu leisten. Man hofft immer noch auf Deinen Einfluß zugunsten des Kirchenstaats und der katholischen Bevölkerung Deutschlands!“¹¹ Wilhelm argumentierte scharf dagegen, „die Schroffheit des katholischen Kirchenregiments ist so wenig mit dem fortschreitenden Geist der Zeit vereinbar, daß das Conzil und die Infallibilitäts-Erklärung so zu sagen dem Faß den Boden ausstieß“. Pius IX. trüge selbst die Verantwortung für sein Schicksal, „der gänzliche Mangel an Sympathien im [...] Kirchenstaates für den

7 Siehe ausführlich Satlow: Wilhelm I. als summus episcopus, S. 35–41.

8 Gerhard Besier (Hg.): Die ‚Persönlichen Erinnerungen‘ des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts, Karl von Wilmowski (1817–1893), in: Jahrbuch für Berlin-Brandenburgische Kirchengeschichte 50 (1977), S. 131–185, hier 146.

9 Wilhelm (I.) an Zarin Alexandra Fjodorowna, 24./28. März 1845, in: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), Brandenburg-Preußisches Hausarchiv (BPH), Rep. 51 J, Nr. 511a, Bd. 2, Bl. 209.

10 So beispielsweise durch die St. Michaelsbruderschaft zu Münster in einem Bittgesuch vom 10. Oktober 1870. Willy Real (Hg.): Katholizismus und Reichsgründung. Neue Quellen aus dem Nachlaß Karl Friedrichs von Savigny. Paderborn u. a. 1998, S. 149 f.

11 Königin Augusta an Wilhelm I., 18. September 1870, in: Adelheid Constabel (Hg.): Die Vorgeschichte des Kulturkampfes. Quellenveröffentlichung aus dem Deutschen Zentralarchiv (Schriftenreihe der staatlichen Archivverwaltung 6). Berlin 1956, S. 29.

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ 9

Papst beweiset, wie die Volksstimmung dort ist.⁴² Als preußische Monarchengattin vergesse Augusta auch „unseren evangelischen Standpunkt vis à vis unserer Kirche. Die Parität welche bei uns wie in keinem anderen Staate zwischen beiden Confessionen bestehet und erhalten wird, wird durch die jetzige römische Catastrophe in keiner Art geändert, also unsere Katholiken werden nicht den geringsten Grund haben sich über mich zu beklagen.“⁴³ Für die territorialen Ansprüche des Papstes könne Berlin nicht eintreten, da „nun einmal Rom im Besitz des Königs V[iktor] E[manuel] ist und kein Hund im Kirchenstaate sich rührte dem Papst sein weltliches Besitztum zu schützen oder zu vertheidigen so liegt in diesem Factum eine solche Macht, daß nur ein Krieg dasselbe ändern vermag.“ Auch die Forderung nach einem Asyl des Kirchenoberhaupts in Deutschland, die in der öffentlichen Diskussion jener Tage immer wieder auftauchte, wies er entschieden zurück, „denn wie kann man einem protestantischen Monarchen von meiner jetzigen Stellung zumuten, *dem* ein Asyl anzubieten, der durch Syllabus und Infallibilität allem Bestehenden den Krieg erklärt?“⁴⁴

Zeitgleich zur Reichsgründung unter der protestantischen Hohenzollernmonarchie entstand die Zentrumsparthei, die ihrem Selbstverständnis nach nicht nur die katholische Minderheit im neuen Reich vertrat, sondern auch den Machtanspruch des Papstes gegen den italienischen Staat auf der parlamentarischen Bühne in Berlin verteidigte.¹⁵ Nicht nur Reichskanzler Bismarck erkannte früh, dass sich hier eine innenpolitische Oppositionspartei formierte, hinter der sich all diejenigen scharen konnten, die sich als ‚Verlierer‘ der preußischen Deutschlandpolitik betrachteten – dass, so behauptete Bismarck, „die klericale Fraktion [...] dem speziellen confessionellen Interesse jedes andere nationale und politische Interesse zum Opfer bringen will“.¹⁶ Der rasche gesellschaftliche und politische Zuwachs, den die junge Partei erfuhr – den Augusta scheinbar auf die

12 Wilhelm I. an Augusta, 26. September 1870, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 15, Bl. 122.

13 Wilhelm I. an Augusta, 6. Oktober 1870, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 15, Bl. 136 f.

14 Wilhelm I. an Augusta, 27. Juni 1871, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 16, Bl. 94 ff. Siehe auch Schmidt-Volkmar: Der Kulturkampf in Deutschland, S. 16–20.

15 Zur katholischen Identität im mehrheitlich protestantischen Kaiserreich in den Gründerjahren siehe ausführlich Rudolf Lill: Die deutschen Katholiken und Bismarcks Reichsgründung, in: Theodor Schieder/Ernst Deuerlein (Hg.): Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen. Stuttgart 1970, S. 345–365; Rebecca Ayako Bennette: *Fighting for the Soul of Germany. The Catholic Struggle for Inclusion after Unification* (Harvard Historical Studies 178). Cambridge/London 2012.

16 Diesen Gedankengang auf die parlamentarische Ebene überleitend schrieb er weiter: „Die Folge davon ist, daß sie [die Zentrumsparthei] alle anderen Partheien und namentlich auch alle Katholiken, welche an der nationalen Sache festhalten, zu ihren Gegnern gemacht hat, und keine andere Unterstützung als die der hannöverschen Particularisten und der Polen findet.“ Otto von Bismarck an Georg von Werthern, 17. April 1871, in: Andrea Hopp (Hg.): *Otto von Bismarck. Gesammelte Werke. Neue Friedrichsruher Ausgabe. Abteilung III: 1871–1898. Schriften, Bd. 1.* Paderborn u. a. 2004, S. 56 f.; von hier an abgekürzt als NFA.

preußische Passivität in der römischen Frage zurückführte – beunruhigte auch Wilhelm. Zwar argumentierte er, „daß diese Stimmenvermehrung 10mal größer gewesen wäre, wenn wir [dem Papst gegenüber] anders gehandelt hätten, weil dann die Katholizität Aufwasser gewonnen hätten [sic!], was der größte protestantische Staat in seiner Réprésentation doch gewiß nicht wünschen kann.“¹⁷ Aber er glaubte auch zu beobachten, das sich die „Ultramontanen bei uns und namentlich in Bayern [...] das Wort gegeben haben, Alles anzuwenden [...] um überall der Regierung des Reichs entgegen zu treten“.¹⁸ Augusta hingegen mahnte, Berlin dürfe das Zentrum nicht in die Oppositionsrolle drängen, stattdessen solle man die Partei für den „Kampf gegen das ultra-liberale und demokratische Element im Reichstage“ nutzen.¹⁹ Die Kaiserin stieß mit dieser Argumentation jedoch auf taube Ohren. Mit dem politischen Katholizismus konnte es für Wilhelm keine Zusammenarbeit geben. Er war fest davon überzeugt, „daß Ultramontane und das ‚Centrum‘ die weltliche Macht der Krone anzutasten und diese dem Pabste unterzuordnen streben“.²⁰

Denn der Kaiser verstand das Infallibilitätsdogma Pius IX. explizit als politischen Machtanspruch. Dieses sei „nur erfunden, um die Suprematie über alles weltliche unfehlbar zu erreichen. Einer solchen Tendenz kann sich kein Monarch, er sei wes Glaubens er will, unterwerfen.“²¹ Dies musste in seinen Augen fast automatisch Zweifel an der Loyalität preußischer und deutscher Katholiken aufkommen lassen – insbesondere derjenigen in politischen und administrativen Positionen. Im beginnenden Kulturkampfklima dauerte es nicht lange, bis Wilhelm im Juli 1871 gegenüber dem Staatsministerium die Sorge äußerte, „ob es nicht geboten oder mindestens ratsam sei, Maßnahmen zu ergreifen, um die staatlichen Verhältnisse [...] gegen die tatsächlich bereits hervortretenden mißlichen Konsequenzen des Infallibilitätsdogmas sicherzu-

17 Wilhelm I. an Augusta, 3. Dezember 1870, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 15, Bl. 213.

18 Wilhelm I. an Augusta, 28. Februar 1871, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 16, Bl. 50.

19 Augusta an Wilhelm I., 5. März 1871, in: Constabel (Hg.): Vorgeschichte des Kulturkampfes, S. 89. Wie im Falle ihres Ehemanns wurde auch Augustas politische Biographie bislang historiographisch marginalisiert und fast ausschließlich bismarckzentriert betrachtet. Derzeit erfasst und analysiert Susanne Bauer (Universität Trier) die Briefkommunikation und Korrespondenznetzwerke der Monarchin in ihrer Dissertation (Die Briefkommunikation der Kaiserin Augusta). Caroline Galm (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.) arbeitet zudem an einer politischen Biographie Augustas; siehe hierzu ihren Beitrag in diesem Band. Begrenzt aufschlussreich für die Position der Kaiserin gegenüber der Zentrumsparlei und der Kulturkampfpolitik sind bislang Heinz Bosbach: Fürst Bismarck und die Kaiserin Augusta, Dissertation. Köln 1936, S. 53–60; Helene-Marie Conradi: Die weltanschaulichen Grundlagen der politischen Gedanken der Königin und Kaiserin Augusta, Dissertation. Göttingen 1945 [maschinenschriftlich], S. 109–116.

20 Besier (Hg.): Die ‚Persönlichen Erinnerungen‘ Karl von Wilmowskis, S. 146.

21 Wilhelm I. an Königinwitwe Marie von Bayern, 3. Oktober 1874, in: Karl Pagel (Hg.): Der Alte Kaiser. Briefe und Aufzeichnungen Wilhelms I. Leipzig 1924, S. 356.

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ 11

stellen“.²² Der Fortbestand der Hohenzollernmonarchie sei durch den Ultramontanismus existentiell bedroht, so der Monarch: „Der Staat im Staat ist [...] vorhanden und Alle, die dies bisher leugneten und uns ins Gesicht leugneten, handeln nur danach.“²³ Sogar die Armee, die traditionelle Stütze der Krone, glaubte er durch den päpstlichen Einfluss gefährdet, denn „kein Soldat kann mehr gehorsam sein, wenn sein Geistlicher und Beichtvater ihm im Namen des infalliblen Papstes die Lehre einschärft, daß er seinen Oberen und Souverain nicht mehr zu gehorchen brauche“.²⁴

Wie eine offizielle Bestätigung dieser Befürchtungen musste ein Schreiben Pius IX. an ihn im August 1873 wirken, in welchem das Kirchenoberhaupt die „Vernichtung des Katholicismus“ in Preußen durch die antiklerikale Gesetzgebung der Regierung Bismarck beklagte, und dabei betonte: „Jeder, welcher die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung oder auf irgend eine Weise [...] dem Papste an.“²⁵ Wilhelm wies diesen theologischen Herrschaftsanspruch in seinem für die Öffentlichkeit konzipierten Antwortbrief entschieden zurück; der „evangelische Glaube, zu dem ich mich [...] mit der Mehrheit meiner Untertanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unsern Herrn Jesum Christum anzunehmen.“ Die Verantwortung für den Kulturkampf trage allein das Zentrum: „Zu meinem tiefen Schmerze hat ein Teil meiner katholischen Untertanen seit zwei Jahren eine politische Partei organisiert, welche den in Preußen seit Jahrhunderten bestehenden konfessionellen Frieden durch staatsfeindliche Umtriebe zu stören sucht.“²⁶ Die Katholiken in Preußen und dem Reich dürften „nie [...] vergessen“, betonte Wilhelm, „daß die Staatsgesetze in der ganzen Welt über den kirchlichen Gesetzen stehen, was alle katholischen Geistlichen *beschwören* aber namentlich seit dem neuen Dogma nicht mehr *halten*, weil die durch 600 Priester erfundene Infallibilität alle weltlichen Pflichten sich unterordnet des 2. Heilands“.²⁷ Verächtlich sprach er von Zentrum und Klerus als denjenigen, „die ja die Religion nur zum Deckmantel für politische Umtriebe brauchen und wovon sie auch gar kein

22 Wilhelm I. an das Staatsministerium, 17. Juli 1871, in: Constabel (Hg.): Vorgeschichte des Kulturkampfes, S. 116.

23 Wilhelm I. an Augusta, 2. Juni 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 36.

24 Wilhelm I. an Augusta, 6. Juni 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 41.

25 Papst Pius IX. an Wilhelm I., 7. August 1873, in: Ludwig Hahn (Hg.): Geschichte des ‚Kulturkampfes‘ in Preußen. In Aktenstücken dargestellt. Berlin 1881, S. 130 f.

26 Wilhelm I. an Pius IX., 3. September 1873, in: Ernst Berner (Hg.): Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften, Bd. 2. Berlin 1906, S. 293 ff. Wie der Kronprinz berichtet, ging das Konzept des Antwortschreibens an den Papst auf Bismarck zurück. Vgl. Tagebuch Kronprinz Friedrich Wilhelm, 19. September 1873, in: Winfried Baumgart (Hg.): Kaiser Friedrich III. Tagebücher 1866–1888. Paderborn u. a. 2012, S. 194.

27 Wilhelm I. an Augusta, 29. Mai 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 31 f.

Geheimnis machen“.²⁸ Auf dem Höhepunkt des Konflikts verdächtigte er auch Parlamentarier anderer Fraktionen, die die Regierungsmaßnahmen angriffen, dass sie im ultramontanen Sinne agierten – wie etwa den Pietisten und Konservativen Hans Hugo von Kleist-Retzow, den Wilhelm aufgrund seiner Kritik am Klostersgesetz 1875 fälschlicherweise für einen Katholiken hielt.²⁹

Der Kaiser unterstützte die Kulturkampfpolitik von Beginn an maßgeblich, obschon er die Besorgnis äußerte, dass jener Konflikt „ihm wenig Ruhm zu bringen verspricht“.³⁰ Daher wollte er ausdrücklich betont wissen, dass „dieser Kampf in keinerlei Art gegen den katholischen Glauben geht, sondern gegen die ungehorsame Klerikei, die sich bestehenden Landesgesetzen nicht unterwerfen will“.³¹ Er glaubte sich dabei einer parteiübergreifenden politischen Unterstützung sicher: „Die enorme Majorität mit welcher die antijesuitische Resolution der Regierung überwiesen wurde bei uns“, schrieb er 1872, „beweiset wie alle Schattierungen des Reichstages, außer der berüchtigten ZentrumsPartei, einerlei Ansicht sind.“³² Die populäre Auffassung, der Kulturkampf stehe in einer vermeintlichen Traditionslinie zur mittelalterlichen Rivalität zwischen römisch-deutschem Kaisertum und Papsttum – wie sie pointiert im Mai 1872 in Bismarcks Versicherung gegenüber dem Reichstag ausgedrückt wurde, „nach Kanossa gehen wir nicht – weder körperlich noch geistig!“³³ – machte sich auch Wilhelm zu eigen. Bereits im Juni sinnierte er gegenüber Augusta, „die päpstliche Macht wird in den ersten Jahren sehr sachte auftreten, aber der Hintergedanke ist doch, die Scene [von Canossa] zu wiederholen“.³⁴ Und im Januar 1874 erklärte er: „Mir liegt die Führung meines Volkes in einem Kampfe ob, welchen schon früher deutsche Kaiser Jahrhunderte hindurch mit wachsendem Glücke gegen eine Macht zu führen gehabt haben, deren Herrschaft sich in keinem Lande der Welt mit dem Frieden und der Wohlfahrt der

28 Wilhelm I. an Augusta, 26. September 1874, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 19, Bl. 77.

29 Wilhelm I. an Augusta, 26. Mai 1875, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 20, Bl. 19. Dass der Kaiser gerade den Pietisten Kleist-Retzow als Katholiken bezeichnete muss als bizarr bezeichnet werden, da er mit jenem während dessen Amtszeit als Oberpräsident der Rheinprovinz 1851–1858 regelmäßig persönlich interagiert hatte. Vgl. Wolf Nitschke: Juncker, Pietist, Politiker – Hans Hugo v. Kleist-Retzow (1814–1892), in: Hans-Christof Kraus (Hg.): Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten. Berlin 1995, S. 135–156, hier 143 ff.

30 Tagebuch Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, 10. Mai 1872, in: Friedrich Curtius (Hg.): Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Bd. 2. Stuttgart/Leipzig 1907, S. 78. Zu den Positionen, die Wilhelm I. zu den einzelnen Maigesetzen bezog, siehe Satlow: Wilhelm I. als summus episcopus, S. 181–193.

31 Wilhelm I. an Marie von Bayern, 3. Oktober 1874, in: Pagel (Hg.): Der Alte Kaiser, S. 356.

32 Wilhelm I. an Augusta, 20. Mai 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 21.

33 Reichstagsrede Bismarcks, 14. Mai 1872, in: Wilhelm Schußler (Hg.): Bismarck. Die gesammelten Werke. Reden, Bd. 11. Berlin 1929, S. 270.

34 Wilhelm I. an Augusta, 27. Juni 1871, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 16, Bl. 96.

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ 13

Völker verträglich erwiesen hat, und deren Sieg in unseren Tagen die Segnungen der Reformation, der Geistesfreiheit und die Autorität der Gesetze nicht bloß in Deutschland in Frage stellen würden.“³⁵ Dass der Kulturkampf kein auf Deutschland begrenztes, sondern vielmehr ein gesamteuropäisches Konfliktphänomen zwischen Nationalstaaten und katholischer Kirche im ausgehenden 19. Jahrhundert darstellte, bestärkte den Monarchen in seiner kompromisslosen Haltung.³⁶ Auf internationalem Parkett wollte er dem politischen Katholizismus in Form des Dreikaiserabkommens zwischen Berlin, St. Petersburg und Wien entgegentreten, „indem die Jesuiten Gelüste sich doch vor solcher Dreifachheit in acht nehmen werden“.³⁷

Trotz der anhaltenden Wahlerfolge des Zentrums und der wachsenden gesellschaftlichen Kritik am Kirchenkonflikt vertrat der Monarch die Position, dass man diesen „nicht aufgeben könne, ohne ein zweites Olmütz“, das heißt eine öffentlich-demütigende Niederlage zu erleiden.³⁸ Besucher des Berliner Hofes machten mitunter die Beobachtung, der Kaiser sei in „der Kirchenfrage fast noch reizbarer als Bismarck gegen Widerspruch“.³⁹ Zu einem nicht unerheblichen Teil trug zu dieser Gereiztheit des Herrschers der kontinuierliche Widerstand der Kaiserin gegen die Kulturkampfpolitik bei.⁴⁰ Augusta versuchte mit

-
- 35 Wilhelm I. an John Russell, 18. Januar 1874, in: Berner (Hg.): Kaiser Wilhelms Schriften. Bd. 2, S. 299. Anders als sein älterer Bruder Friedrich Wilhelm IV. trat Wilhelm I. kaum als Anhänger der im 19. Jahrhundert weitverbreiteten Rezeption des mittelalterlichen Kaisertums auf. Vgl. Frank-Lothar Kroll: Herrschaftslegitimierung durch Traditionsschöpfung. Der Beitrag der Hohenzollern zur Mittelalter-Rezeption im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 274 (2002), S. 61–85, hier 66–77.
- 36 Siehe hierzu ausführlich Christopher Clark/Wolfram Kaiser (Hg.): Kulturkampf in Europa im 19. Jahrhundert (Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsgeschichte 12, Heft 5–6). Leipzig 2003; Lappenküper/Ritter/von Scheliba (Hg.): Europäische Kulturkämpfe.
- 37 Wilhelm I. an Großherzog Friedrich I. von Baden, 17. August 1872, in: Walther Peter Fuchs (Hg.): Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907, Bd. 1 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe A. Quellen 15). Stuttgart 1975, S. 86. Der Kampf gegen den Ultramontanismus war ein Aspekt unter mehreren, der die Politik Wilhelms I. im Vorfeld des Dreikaiserabkommens beeinflusste. Siehe ausführlich Markert: Wilhelm I. und die Außenpolitik, S. 12–19.
- 38 Tagebuch Hohenlohe-Schillingsfürst, 12. April 1874, in: Curtius (Hg.): Hohenlohe-Schillingsfürst, Bd. 2, S. 116. Wie viele seiner Zeitgenossen hatte Wilhelm im Rahmen des deutschen Dualismus die diplomatische Niederlage Berlins gegenüber Wien in der Olmützer Paktung vom November 1850 als öffentliche Demütigung beklagt. Der Ausdruck ‚Olmütz‘ war seitdem über die preußischen Grenzen hinaus als Synonym einer vermeintlich schmachvollen Kapitulation verwendet worden. Vgl. Wolfgang Frischbier: „Die Schmach von Olmütz“ – Mythos und Wirklichkeit, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 25 (2015), S. 53–81.
- 39 Tagebuch Johann Heinrich Gelzer, 16. März 1874, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 141.
- 40 „Für Deutschlands Gedeihen ist [...] seine konfessionelle Einheit um so nötiger, als die Mängel und Übel, an denen Deutschland gelitten hat und noch leidet, aus dem 30jährigen Religionskriege hervorgegangen, zur abschreckenden Warnung dienen. Deshalb ist jeder

Hilfe von politischen Denkschriften und dem tagtäglichen Umgang mit ihrem Ehemann diesen – erfolglos – von seiner antagonistischen Haltung gegen Papsttum und Zentrumsparterie abzubringen.⁴¹ Wilhelm warf seiner Ehefrau „Einseitigkeit“ in ihrer Betrachtung des Konflikts vor, überhaupt schien sie in seinen Augen „gar nicht die gleichen Gefühle für uns Protestanten zu haben“.⁴² Ihre scheinbare Parteinahme für den politischen Katholizismus sei die Folge, „weil Du *das mehr* glaubst, was Dir unter *der* Farbe eingeflüstert wird“.⁴³ Es war für Wilhelm während des Höhepunkts des Kulturkampfes keineswegs undenkbar, dass der Ultramontanismus auch auf das preußische Königshaus Einfluss ausüben konnte. Als seine Cousine Marie, die Witwe König Maximilians II. von Bayern, 1874 zum Katholizismus übertrat, glaubte er, dies sei eine Folge dessen, „daß sie nach und nach umgarnt worden ist von den Schwarzröcken! Sie wird bald einsehen, zu welchen Intrigen sie mißbraucht werden wird.“⁴⁴ Gegen solche unnachgiebigen Positionen gelang es Augusta während der Kulturkampfzeit nicht, die politischen Entscheidungen ihres Ehemannes zu beeinflussen.⁴⁵ Es war in erster Linie Bismarck, der Augusta in dieser Beziehung einen großen Einfluss auf den Kaiser zusprach, wie er es im Nachhinein in seinen Memoiren prominent darstellte.⁴⁶

Mißgriff auf dem kirchlichen Gebiete ein Mißachten der Erfahrung und ein frevelhaftes Spiel mit dem Zündstoff dieser erregten Zeit.“ Augusta an Wilhelm I., 10. März 1872, in: Constabel (Hg.): Vorgeschichte des Kulturkampfes, S. 192.

- 41 Insbesondere Franz von Roggenbach – ein liberaler badischer Politiker, der persönliche Kontakte zu mehreren Bismarckkritikern unterhielt – verfasste für die Kaiserin zahlreiche Denkschriften über die Auswirkungen des Kulturkampfes auf die innere Stabilität des Reiches, welche jene ihrem Ehemann zukommen ließ. Siehe beispielsweise Franz von Roggenbach an Augusta, 3. Juli 1871, in: Julius Heyderhoff (Hg.): Im Ring der Gegner Bismarcks. Denkschriften und politischer Briefwechsel Franz v. Roggenbachs mit Kaiserin Augusta und Albrecht v. Stosch 1865–1896 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts 35). Leipzig 1943, S. 114–120; Roggenbach an Augusta, ohne Datumsangabe [Februar 1875], in: Walther Peter Fuchs (Hg.): Zur Bismarckkritik Franz von Roggenbachs. Vier Denkschriften an Kaiserin Augusta, in: Die Welt als Geschichte 10 (1950), S. 39–55, hier 45–48.
- 42 Wilhelm I. an Augusta, 12. Juni 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 49.
- 43 Wilhelm I. an Augusta, 2. Juni 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 36.
- 44 Wilhelm I. an Großherzoginwitwe Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin, 12. Oktober 1874, in: Johannes Schultze (Hg.): Kaiser Wilhelms I. Briefe an seine Schwester Alexandrine und deren Sohn Großherzog Friedrich Franz II (Die Briefe Kaiser Wilhelms I.). Berlin/Leipzig 1927, S. 135.
- 45 Nicht nur die umfangreiche Korrespondenz Wilhelms I. mit Augusta während der Kulturkampfzeit lässt diese Schlussfolgerung zu – wobei ersterer nach 1872 sich zusehends bemüht, dieses Reizthema in seinen Briefen zu vermeiden –, sie findet sich ebenfalls in mehreren Beobachtungen aus der persönlichen und politischen Umgebung des Kaisers. Siehe beispielhaft Friedrich I. von Baden an Gelzer, 24. Juli 1871, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 31 ff; Bernhard von Werder an Heinrich VII. Reuß, 15. Mai 1875, in: Winfried Baumgart/James Stone (Hg.): Heinrich VII. Prinz Reuß. Botschafter unter Bismarck und Caprivi. Briefwechsel 1871–1894. Paderborn u. a. 2015, S. 132.
- 46 Vgl. NFA IV, S. 382–385.

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ 15

Erst als deutlich wurde, dass die Kirchengesetze ihren gewünschten politischen Effekt verfehlt hatten, die Zentrumspartei vielmehr weiter an Unterstützung gewonnen und Berlin sich gegenüber Rom durch seine kompromisslose Repressionspolitik in eine Sackgasse manövriert hatte, begann die Berliner Regierung umzudenken.⁴⁷ Auch am Hof wurde 1878 Notiz genommen, wie der Kaiser allmählich „des Kulturkampfes überdrüssig“ wurde⁴⁸, dabei aber betont, eine „Aufhebung“ der antiklerikalen Gesetze „werde [...] der Kaiser nie zugeben“, lediglich eine „Revision“ derselben.⁴⁹ Auch beobachtete man eine „zunehmende Neigung des Kaisers, als evangelisches Haupt der Landeskirche sich als ‚Papst‘, als Autokrat zu fühlen und den Widerspruch schwer zu ertragen!“⁵⁰ Erst mit dem Tod Pius IX. und dem Pontifikat Leos XIII. 1878 sah der Monarch die Möglichkeit gekommen, den Konflikt mit dem Heiligen Stuhl – nicht aber die Bekämpfung des Ultramontanismus – beizulegen.⁵¹

III.

Das Zentrum war nicht die einzige Reichstagsfraktion, die den ‚Allerhöchsten Unwillen‘ zu spüren bekam. Wilhelm differenzierte bisweilen kaum, was die Parteiunterschiede der Parlamentarier des jungen Kaiserreichs betraf, wenn sich diese in seinen Augen in Opposition zur Regierung befanden. Bismarck erzählte überspitzt, „die Nationalliberalen fingen nach seiner Meinung bei Bennigsen an und endigten bei Bebel, und umgekehrt, die Sozialdemokraten fingen bei Bebel an und endigten bei Bennigsen“.⁵² Auch schimpfte Wilhelm ange-

47 Vgl. Ronald J. Ross: Enforcing the Kulturkampf in the Bismarckian State and the Limits of Coercion in Imperial Germany, in: *The Journal of Modern History* Vol. 56, Nr. 3 (1984), S. 456–482.

48 Tagebuch Gelzer, 14. März 1878, in: Fuchs (Hg.): *Friedrich I. und die Reichspolitik*, Bd. 1, S. 277.

49 Tagebuch Hohenlohe-Schillingsfürst, 4. November 1882, in: Helmuth Rogge (Hg.): *Holstein und Hohenlohe. Neue Beiträge zu Friedrich von Holsteins Tätigkeit als Mitarbeiter Bismarcks und als Ratgeber Hohenlohes. Nach Briefen und Aufzeichnungen aus dem Nachlass des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst 1874–1894*. Stuttgart 1957, S. 177.

50 Tagebuch Gelzer, 17. Juni 1883, in: Fuchs (Hg.): *Friedrich I. und die Reichspolitik*, Bd. 1, S. 207.

51 Vgl. Wilhelm I. an Bismarck, 6. Januar 1879, in: Fürstlich von Bismarck'sches Familienarchiv/Otto-von-Bismarck-Stiftung (OBS), B 126, Bl. 108 ff. „Weder Sie noch ich werden nach Canossa gehen“, schrieb der Kaiser seinem Kanzler am 14. Januar 1879, „aber ebnen muß man den Weg zur Verständigung [...]“. Zitiert in: Schmidt-Volkmar: *Der Kulturkampf in Deutschland*, S. 245.

52 Tagebuch Adalbert Falk, 11. März 1878, zitiert in: Erich Foerster: *Adalbert Falk. Sein Leben und Wirken als Preußischer Kultusminister dargestellt auf Grund des Nachlasses unter Beihilfe des Generals d.I. Adalbert von Falk*. Gotha 1927, S. 387. Über den national-liberalen Abgeordneten Rudolf von Bennigsen schrieb der Kaiser, er sei „viel liberaler und gefährlicher als es erscheint, [...] er will [...] zur Macht gelangen, d. h. Minister werden und dann die Maske abwerfen d. h. nach englischer Verfassung streben, d. h. parlamentari-

sichts der stetigen Wahlerfolge von Zentrum, Liberalen und Sozialdemokraten über die „Blindheit“ der Wähler, „die nicht sehen wollen, daß Alles was nicht konservativ ist, der Umsturzpartei durch schlechte Wahlen in die Hände arbeitet“.⁵³ Diese mangelnde Differenzierung des Monarchen war eine Folge seiner Erfahrungen während des preußischen Verfassungskonflikts, der seine persönliche Haltung gegenüber Parlament und Parteien nachhaltig geprägt hatte.⁵⁴ Daran, dass Wahlergebnisse auch den tatsächlichen Willen der Wählerschaft widerspiegeln würden, hatte er bereits als Thronfolger gezweifelt: „Schrecklich ist es zu denken, daß von einem zum rechten Moment gereichten Glas Brandwein eine Wahl gemacht werden kann, die das Land ins Verderben bringt! Das sind die Freuden des Constitutionalismus!“⁵⁵

Infolge der Revolutionsereignisse 1848/49 war Wilhelm allerdings zu der Überzeugung gelangt, dass die Hohenzollernmonarchie im Interesse ihrer inneren Stabilität neue politische Legitimität auf dem Wege konstitutioneller Regierung gewinnen musste.⁵⁶ Dieses Konzept hatte er während der ‚Neuen Ära‘ umzusetzen versucht – ein Experiment, das letztendlich daran scheiterte, dass der Herrscher zu keinem Moment bereit gewesen war, das Monarchische

sche Regierung zu schaffen und wohin dies jetzt in England führet, siehet jeder vernünftige Mensch ein, nur Bennigsen nicht.“ Wilhelm I. an Augusta, 20. Mai 1884, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 29, Bl. 15.

- 53 Wilhelm I. an Augusta, 6. November 1881, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 26, Bl. 78 f.
- 54 Zur zentralen Rolle Wilhelms I. während des Verfassungskonflikts siehe insbesondere Karl Heinz Börner: Die Krise der preußischen Monarchie 1858 bis 1862 (Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte 49). Berlin 1976, S. 197–224; Ders.: Wilhelm I. Vom Kartätschenprinz zum deutschen Kaiser, in: Gustav Seebler (Hg.): Gestalten der Bismarckzeit, Bd. 1. Berlin 1987, S. 58–78, hier: S. 66–72; Dierk Walter: Preußische Heeresreformen 1807–1870. Militärische Innovationen und der Mythos der ‚Roonschen Reform‘ (Krieg in der Geschichte 16). Paderborn u. a. 2003, S. 450 ff.
- 55 Wilhelm (I.) an Alexandra Fjodorowna, 20. Januar 1849, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 511a, Bd. 2, Bl. 430.
- 56 „Es gibt wohl keinen größeren Antagonisten der Constitution als mich, und wahrlich, die Neu-Zeit hat dies nicht vermindert; aber kann man immer gegen den Strom schwimmen?“ Wilhelm (I.) an Alexandra Fjodorowna, 11. März 1850, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 511a, Bd. 2, Bl. 487. Siehe auch Elisabeth Richert: Die Stellung Wilhelms, des Prinzen von Preußen, zur preußischen Außen- und Innenpolitik 1848–1857, Dissertation. Berlin 1948 [maschinenschriftlich], S. 62–78; Wilhelms Akzeptanz des Konstitutionalismus nach 1848 muss im Kontext seines monarchischen Projekts gesehen werden, die Hohenzollernmonarchie zu nationalisieren, um ihr so das Supremat in Deutschland zu sichern. Siehe demnächst ausführlich Jan Markert: Prussia’s Road to ‚Iron and Blood‘. Wilhelm I and the Nationalization of the Hohenzollern-Monarchy, in: Heidi Hein Kircher/Frederik Frank Sterkenburgh (Hg.): Modernizing the Unmodern. Europe’s Imperial Monarchies and Their Path to Modernity in the 19th and 20th Centuries (Palgrave Studies in Modern Monarchy). London [erscheint 2021]; Ders.: „Das Nichtzustandekommen einer deutschen Einigung ist das Ziel der Revolution“. Wilhelm I. und die Deutsche Frage 1848 bis 1870, in: Maik Ohnezeit (Hg.): 1870/71. Reichsgründung in Versailles. Ort – Ereignis – Gedächtnis. Friedrichsruh [erscheint 2021].

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ 17

Regierungsprinzip durch Zugeständnisse irgendwelcher Art zu schwächen.⁵⁷ Während des Verfassungskonflikts gewann Wilhelm schließlich einen regelrechten Hass auf das Parlament und die dort dominierenden oppositionellen Fraktionen – die er allesamt der ‚Umsturzpartei‘ zuordnete. „Mit Leuten bei denen aller sittlicher und religiöser Boden fehlt, denen alle Mittel der Lüge, Entstellung, Verleumdung recht sind, um zu ihren Umsturzabsichten zu gelangen“, argumentierte er, „mit denen ist kein Friede möglich.“⁵⁸ Auch nachdem die Mehrheit der ehemaligen liberalen Opposition nach den militärischen Siegen 1866 die Regierungspolitik zu unterstützen begannen, verblieb er bei seinen Ressentiments gegen die „völlig vergiftete Gesellschaft“ des neugeschaffenen Norddeutschen Reichstags.⁵⁹

Dies änderte sich auch nach der Reichsgründung nicht. Es sei eine „Einbildung, daß mit Parlamenten das Glück des Volkes gemacht werde“, schrieb der Monarch.⁶⁰ Wie Kronprinz Friedrich Wilhelm während des Kulturkampfes berichtete, war sein Vater noch ganz von dem „ganzen alten Groll gegen die parlamentarischen Einrichtungen“ erfüllt.⁶¹ Speziell die Auftritte des Zentrumsabgeordneten Ludwig Windthorst und dessen Angriffe gegen die Regierungspolitik ließen den Monarchen „sehr erregt, wüthend auf parlamentarismus [sic!] u. constitut[ionelle] Formen“ werden, denn er „sieht den Staat wieder auf abschüssigen Bahnen, etc.!!“⁶² Der Kaiser sprach vom Reichstag allgemein als einem gefährlichen „Wespen-Nest“, das die Regierung meiden solle.⁶³ Das Parlament bezeichnete er als „einzigen Fleck im Lande [...], wo man jede Beleidigung hinnehmen soll“.⁶⁴ Es sei „eine reine Redeschule“, die Abgeordneten „sprächen ewig [...], ohne etwas zu ändern – wozu das nötig sei?“⁶⁵ Dem Reichstag warf

-
- 57 Vgl. Siegfried Bahne: Vor dem Konflikt. Die Altliberalen in der Regentschaftsperiode der ‚Neuen Ära‘, in: Ulrich Engelhardt/Volker Sellin/Horst Stuke (Hg.): Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt (Industrielle Welt. Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte). Stuttgart 1976, S. 154–196; Leo Haupt: Die liberale Regierung in Preußen in der Zeit der ‚Neuen Ära‘. Zur Geschichte des preußischen Konstitutionalismus, in: Historische Zeitschrift 227 (1978), S. 45–85.
- 58 Wilhelm I. an Augusta, 8. Mai 1865, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 11, Bl. 15.
- 59 Wilhelm I. an Prinzessin Luise der Niederlande, 18. Dezember 1866, in: GStA PK, BPH, Rep. 51, Nr. 853.
- 60 Wilhelm I. an Augusta, 20. November 1884, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 29, Bl. 110.
- 61 Friedrich Wilhelm an Friedrich I. von Baden, 18. Dezember 1874, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 180.
- 62 Tagebuch Friedrich Wilhelm, 18. Dezember 1874, in: Baumgart (Hg.): Kaiser Friedrich III., S. 207.
- 63 Wilhelm I. an Bismarck, 20. Juli 1879, in: OBS, B 126, Bl. 132.
- 64 Wilhelm I. an Friedrich I. von Baden, 15. Januar 1875, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 182.
- 65 Tagebuch Robert Lucius von Ballhausen, 22. März 1882, in: Hellmuth Lucius von Stoedten (Hg.): Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius von Ballhausen. Stuttgart/Berlin 1920, S. 225.

er vor, „immer mehr die Ansicht zu verfolgen, die ihm zustehende parlamentarische *Gesetzes-Kraft* u *Bestimmung* in eine Präponderanz über die Regierung, d. h. in eine *parlamentarische Regierung* umzuwandeln“. Einer solchen Entwicklung, befahl er Bismarck, „muß auf das Entschiedenste entgegengetreten werden“. ⁶⁶ Seine abschätzige Meinung gegenüber der Volksvertretung machte er auch dadurch öffentlich, dass er beim alljährlichen Empfang der Reichstagsabgeordneten im Berliner Schoß demonstrativ den Saal mied, in welchem sich die Parlamentarier aufhielten. ⁶⁷ Besonders Kronprinzessin Victoria beklagte diese privat wie offen zur Schau gestellte „despotism and tyranny“ gegenüber dem Reichstag. ⁶⁸

Obwohl der Kaiser die Kulturkampfpolitik entschieden bejahte, beargwöhnte er von Anfang die Zusammenarbeit der Regierung mit der Nationalliberalen Partei, die Bismarcks Gesetzgebung in den Jahren nach der Reichsgründung unterstützten. ⁶⁹ In Wilhelms Augen handelte es sich um ein gefährliches Bündnis seines Kanzlers, welches das Monarchische Prinzip bedrohen konnte. „Wir müssen wieder auf den konservativen Boden zurückkehren, so wie es jetzt ist, kann es nicht weitergehen,“ erklärte er bereits 1872. ⁷⁰ Gegenüber Bismarcks Sohn Herbert erklärte er, „man muß den Liberalen nie nachgeben, sonst kommen wir auf englische Wege“. ⁷¹ Und bei der britischen Queen sehe man, warnte er Augusta, „wohin das Liebäugeln mit den Liberalen [...] von Stufe zu Stufe führt bis zum Sturz der Monarchin“, was „treffend auf jede Regierung“ sei, die sich auf dieses Experiment einlasse. ⁷² Insbesondere Kultusminister Adalbert Falk wurde vom Monarchen verdächtigt, über den Kirchenkonflikt eine liberale Politik durchsetzen zu wollen. „Der Kaiser war nicht frei von Zweifeln über Falks Religiosität und Kirchlichkeit“, erinnerte sich Wilmowski. ⁷³ Immer

66 Wilhelm I. an Bismarck, 16. März 1879, in: OBS, B 126, Bl. 114 ff.

67 Christoph von Tiedemann: Aus sieben Jahrzehnten. Erinnerungen. Bd. 2. Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck. Leipzig 1909, S. 40.

68 Victoria an Queen Victoria, 23. Dezember 1884, in: Roger Fulford (Hg.): *Beloved Mama. Private Correspondence of Queen Victoria and the German Crown Princess 1878–1885.* London 1981, S. 174.

69 Siehe speziell Dieter Langewiesche: Bismarck und die Nationalliberalen, in: Gall (Hg.): *Bismarck und die Parteien*, S. 73–89, hier 81–89; Armin Heinen: *Umstrittene Moderne. Die Liberalen und der preußisch-deutsche Kulturkampf*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 29 (2003), S. 138–156.

70 Zitiert in: Walter Reichle: *Zwischen Staat und Kirche. Das Leben und Wirken des preußischen Kultusministers Heinrich v. Mühler.* Berlin 1938, S. 421.

71 Herbert von Bismarck an Otto von Bismarck, 11. Januar 1884, in: Walter Bußmann (Hg.): *Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck. Aus seiner politischen Privatkonferenz (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 44).* Göttingen 1964, S. 191.

72 Wilhelm I. an Augusta, 15. November 1883, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 28, Bl. 116 f.

73 Besier (Hg.): *Die ‚Persönlichen Erinnerungen‘ Karl von Wilmowskis*, S. 149 f. Siehe auch Schmidt-Volkmar: *Der Kulturkampf in Deutschland*, S. 207 f.

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ 19

wieder kritisierte Wilhelm die „radikalen Vorschläge“ des Kultusministers.⁷⁴ Bismarck selbst konstatierte, „es kann ja doch für niemanden zweifelhaft sein, daß zwischen S.M. und Falk sehr wesentliche und prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen“.⁷⁵ Zu der Einführung der Zivilehe 1874 in Preußen und im darauffolgenden Jahr auf Reichsebene 1875 etwa konnte der Monarch erst nach langjährigen und heftigen Auseinandersetzungen mit dem Ministerium bewegt werden.⁷⁶ Nachdem Falk schließlich 1878 entlassen worden war, resümierte Wilhelm abschätzig, dieser „schwamm [...] mit der liberalen Majorität“.⁷⁷ Das Ausscheiden des Kultusministers besiegelte in vielerlei Hinsicht das Ende der ‚liberalen Phase‘ der Kaiserreichsgeschichte, nachdem Bismarck sich seit 1877 von den Nationalliberalen entfremdet und über das Sozialistengesetz schließlich den Bruch mit der Partei gesucht hatte.⁷⁸ Der Kaiser hatte auf diesen Bruch entschieden gedrängt. Seiner Umgebung erklärte er im Oktober 1877 „es sei jetzt Zeit, mit dem Liberalisieren einzuhalten. Er habe viele Konzessionen gemacht. Aber jetzt sei es genug. Der Reichskanzler sei in dieser Beziehung mit ihm einverstanden.“⁷⁹

Während die 1870er Jahre innenpolitisch in vielerlei Hinsicht vom Kulturkampf dominiert waren, änderte sich dies 1878 mit dem Erlass des Sozialistengesetzes und dem Kampf gegen die Sozialdemokratie im darauffolgenden Jahrzehnt.⁸⁰ Wilhelms Einschätzung des Sozialismus als politischer Bewegung war

-
- 74 Friedrich I. von Baden an Gelzer, 3. April 1878, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 1, S. 281.
- 75 Bismarck an Otto zu Stolberg-Wernigerode, 19 Dezember 1878, in: NFA III/Bd. 3, S. 628 f.
- 76 Siehe beispielhaft Tagebuch Friedrich Wilhelms, 22. Oktober 1872, in: Baumgart (Hg.): Kaiser Friedrich III., S. 179; Stosch an Friedrich Wilhelm, 7. Dezember 1873, in: Baumgart (Hg.): Albrecht von Stosch, S. 118; Wilhelm I. an Albrecht von Roon, 8. Mai 1874, in: GStA PK, VI. Hauptabteilung, Nachlass Rudolf Vaupel, Nr. 67, Bl. 141.
- 77 Marginalien Wilhelms I. auf einem Schreiben Bismarcks, 5. Juli 1879, in: NFA III/Bd. 4, S. 114. Siehe auch Schmidt-Volkmar: Der Kulturkampf in Deutschland, S. 215 f.
- 78 Lothar Gall betont ausdrücklich, dass Bismarcks innenpolitischer Kurswechsel 1878/79 auch durch den schwindenden Rückhalt Wilhelms I. motiviert war. Vgl. Lothar Gall: Bismarck. Der weiße Revolutionär. Frankfurt/Berlin/Wien 1980, S. 556 ff. Siehe auch Otto Pflanze: Bismarck. Der Reichskanzler. München 1998, S. 237–261; Volker Ullrich: Die nervöse Großmacht 1871–1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs. Erweiterte Neuauflage. Frankfurt a. M. 2013, S. 53–63.
- 79 Tagebuch Hohenlohe-Schillingsfürst, 22. Oktober 1877, in: Curtius (Hg.): Hohenlohe-Schillingsfürst, Bd. 2, S. 222. Befremdet notierte der spätere Reichskanzler Hohenlohe-Schillingsfürst, dass Wilhelm I. fast als Begründung „auf den glänzenden Empfang hinwies, der ihm überall zuteil geworden sei, und daraus den Schluß zog, daß die Hingebung des Volkes an seine Person so groß sei, daß deshalb weitere Konzessionen an den Liberalismus nicht erforderlich schienen. Ich hielt es nicht für erlaubt, ihn zu fragen: ‚Ja, wie würden Eure Majestät empfangen worden sein, wenn Sie reaktionäre Politik getrieben hätten?‘“
- 80 Wie der Kulturkampf kann auch die Ära der Repressionspolitik gegen die Sozialdemokratie durch die Regierung Bismarck als ausführlich erforscht betrachtet werden. Siehe hierzu insbesondere Wolfgang Pack: Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878–1890. Düsseldorf 1961; Wolfgang Schieder: Bismarck und der Sozialismus,

anfangs recht differenziert: Er hatte durchaus erkannt, dass die Monarchie es mit einer neuartigen und eigenständigen politischen Ideologie zu tun hatte. Eine revolutionäre Bewegung der „Proletarier“ betrachtete er als den „Anfang der neuen Révolution, welche gegen die reiche *Mittel* Klasse gerichtet ist, wie die erste, gegen die Adels Vorzüge gerichtet war!“⁸¹ Die „Idée des Communismus“, argumentierte er, sei „der gefährlichste Feind, der uns droht, da er der handgreiflichste und deshalb der am meisten verführende ist“.⁸²

Mit dem Erscheinen des Zentrums auf der parlamentarischen Bühne begann der Kaiser jedoch, den politischen Katholizismus für soziale Unruhen in Deutschland und ganz Europa verantwortlich zu machen. Wilhelm glaubte eine gesamteuropäische „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ erkannt zu haben. Diese augenscheinlich widersprüchliche Verbindung erklärte er sich dadurch, dass „das kirchliche Interesse prédominierend gegen alle rechtlichen Ueberzeugungen der aufgeklärten Männer und politischen Personen“ gerichtet sei. Während Augusta dafür plädierte, dem revolutionären Gedanken gut argumentativ entgegenzutreten, drängte ihr Ehemann auf Repression, bevor es zu spät sei. „Die Idee, daß man der Internationale durch antiinternationale Verbindungen entgegnetreten soll und nicht mit polizeilichen Maßregeln, Ideen, die man auch hier [in Deutschland] findet, kann ich nicht teilen, wenigstens darf man das Eine nicht ohne das Andere tun. [...] Es erinnert mich dies an die Jahre vor 1848, wo man sich zu nichts entschließen konnte.“⁸³ Als es im Sommer 1872 zu Unruhen in der Provinz Westpreußen kam, glaubte Wilhelm im Kulturkampfklima die eigentlichen Verantwortlichen zu kennen: „Die Strikes und die jetzige neueste Auflehnung in Westpreußen durch Niederlegung der Arbeit und Auswanderungen ist wieder ein Werk der Katholischen Parteien [...]. Und das soll man gelassen mit ansehen? Wer ist also der Angreifende? und wer die Verteidigung?“⁸⁴ Das zufällige zeitliche Zusammenfallen von Kirchen-

in: Johannes Kunisch (Hg.): Bismarck und seine Zeit. (Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. Neue Folge 1) Berlin 1992, S. 173–189; Klaus Tenfelde: Bismarck und die Sozialdemokratie, in: Gall (Hg.): Bismarck und die Parteien, S. 11–136; Walter Mühlhausen: Gegen den Reichsfeind – Anmerkungen zur Politik von Staat und Gesellschaft gegenüber der Sozialdemokratie im Kaiserreich, in: Ulrich Lappenküper (Hg.): Otto von Bismarck und das ‚lange 19. Jahrhundert‘. Lebendige Vergangenheit im Spiegel der ‚Friedrichsruher Beiträge‘ 1996–2016. Paderborn 2017, S. 329–352.

- 81 Wilhelm (I.) an Alexandra Fjodorowna, 21. Oktober 1846, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 511a, Bd. 2, Bl. 257.
- 82 Wilhelm (I.) an Alexandra Fjodorowna, 13. Januar 1850, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 511a, Bd. 2, Bl. 480.
- 83 Wilhelm I. an Augusta, 20. Mai 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 20. Auch Bismarck warnte gegenüber dem bayerischen Gesandten beim Heiligen Stuhl 1871 vor „dem Bündniß der sogenannten Schwarzen mit den Rothen“. Bismarck an Karl von Tauffkirchen-Guttenberg, 30. Juni 1871, in: NFA III/Bd. 1, S. 160.
- 84 Wilhelm I. an Augusta, 2. Juli 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 72.

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ 21

konflikt und Arbeiterstreiks war in seinen Augen „ein Beweis daß Alles aus einem Centrum [!] kommt“.⁸⁵

Auch nach dem Erlass des Sozialistengesetzes und dem Ende des Kulturkampfes hielt der Kaiser an seiner Überzeugung fest, die „Umsturzparteien“ der Ultramontanen und Sozialisten würden gemeinsam Front gegen die Krone machen.⁸⁶ Wilhelm hatte die Repressionspolitik gegen die Sozialdemokratie nach den beiden Attentatsversuchen auf ihn im Sommer 1878 nicht nur entschieden unterstützt, sondern während der Reichstagsverhandlungen über das Sozialistengesetz auch stetigen Druck auf seinen Kanzler ausgeübt.⁸⁷ Dabei hatte er Bismarck gedrängt, der Kritik des Zentrums und der Nationalliberalen im Parlament vehement entgegenzutreten.⁸⁸ Nachdem das Gesetz in der vom Monarchen erwünschten Form angenommen worden war, verhehlte dieser seine Wut über die Oppositionsparteien nicht.⁸⁹ In den Folgejahren griff Wilhelm aktiv in die öffentliche Debatte über Für und Wider des Sozialistengesetzes ein.⁹⁰ Er glaubte, „daß wenn auch wie bei uns die Surface beruhigt erscheine, unter der Asche alle Wühlereien fortgingen, woran man sich täglich überzeuge“.⁹¹ Dabei betonte er stets, er „sehe den Widerstand gegen das Gesetz als gegen

-
- 85 Wilhelm I. an Augusta, 26. August 1872, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 17, Bl. 99.
- 86 1883 klagte er gegenüber seiner Schwester etwa, man könne „leider in allen Ländern die Tendenz nicht verleugnen [...], daß die Schmälerung der Regierungsgewalt [...] in den Gedanken der Massen immer mehr vordringt, bis die alten Regierungen gestürzt sein werden“. Wilhelm I. an Alexandrine von Mecklenburg-Schwerin, 9. Februar 1883, in: Schultze (Hg.): Kaiser Wilhelms Briefe an Alexandrine, S. 195.
- 87 Siehe beispielsweise Wilhelm I. an Augusta, 3. September 1878, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 23, Bl. 30 f.; Tiedemann: Aus sieben Jahrzehnten, Bd. 2, S. 303 f.; Tagebuch Lucius von Ballhausen, 7. Oktober 1878, in: Stodten (Hg.): Bismarck-Erinnerungen Lucius von Ballhausens, S. 143.
- 88 Wilhelm I. an Bismarck, 13. Oktober 1878, in: Werner Frauendienst (Hg.): Zum 50. Todestag Kaiser Wilhelms I. Unveröffentlichte Briefe an Fürst Bismarck, in: Berliner Monatshefte 16 (1938), S. 249–270, hier 263 f.
- 89 So beispielsweise im Februar 1879, als die Reichstagsmehrheit den Antrag der Regierung ablehnte, zwei sozialdemokratische Abgeordnete strafrechtlich verfolgen zu lassen. Wilhelm I. soll darauf „sehr aufgeregt u. böße“ reagiert haben. Tagebuch Friedrich Wilhelm, 20. Februar 1879, in: Baumgart (Hg.): Kaiser Friedrich III., S. 288. Die Angelegenheit hätte „den guten Kaiser so sehr tief gekränkt u. bekümmert; [...] er faßt es beinahe so auf, als ob der Reichstag seine Mörder ausdrücklich in Schutz nehmen wolle“. Otto zu Stolberg-Wernigerode an Heinrich VII. Reuß, 25. Februar 1879, in: Baumgart/Stone (Hg.): Heinrich VII. Prinz Reuß, S. 225.
- 90 Siehe beispielhaft Adolf Marschall von Bieberstein an Ludwig Turban, 22. März 1884, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 2, S. 244 f.; Wilhelm I. an Augusta, 17. Mai 1884, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 29, Bl. 10.
- 91 Wilhelm I. an Augusta, 11. September 1881, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 26, Bl. 57.

sich persönlich gerichtet an“.⁹² Deutlich wurde dies im Frühjahr 1886 während der Verlängerungsdebatte im Reichstag. Für das Zentrum führte Windthorst die Debatte; er kritisierte das Ausnahmegesetz, signalisierte jedoch gleichzeitig die Bereitschaft seiner Partei, der Regierung entgegenzukommen.⁹³ Diese differenzierte Position fand beim Monarchen jedoch keinerlei Anklang. Gegenüber dem Staatsministerium äußerte sich Wilhelm „sehr entschieden gegen die von dem Abgeordneten Windthorst zu dem Sozialistengesetz [...] gestellten Anträge“.⁹⁴ Wie ein Mitarbeiter Bismarcks berichtete, konnte der Monarch seinen Zorn kaum verbergen: „Bei der Erwähnung des Sozialistengesetzes brauste er förmlich auf und sagte mit erregter Stimme: ‚Er hätte es nicht für möglich gehalten, daß ihm von seinen Untertanen eine solche Beleidigung zugefügt werden könne [...]. Dieser kleine Bullenbeißer, der Wind[t]horst!‘“⁹⁵ Über Innenminister Robert von Puttkamer griff Wilhelm schließlich persönlich in die Parlamentsdebatte ein. Dieser konterte im Reichstag die Anträge des Zentrums mit der pathetischen Erklärung, der Kaiser habe ihm „ausdrücklich befohlen [...], hier vor dem versammelten Rathe der Nation es auszusprechen, daß ihm kein herberer Schmerz und keine bittere Enttäuschung an dem späten Abende seines Lebens bereitet werden könnte, als zu sehen, daß die Vertretung der Nation ihn bei dem Versuche der Erhaltung und Sicherung des inneren Friedens im Stiche ließe“.⁹⁶ Dass diese ‚Allerhöchste Einmischung‘ in die Reichstagsdebatte scheinbar ihre Wirkung nicht verfehlt hatte und Windthorst öffentlich als vermeintlicher Feind der Krone diffamiert worden war, registrierte Wilhelm mit großer Befriedigung.⁹⁷ Dabei war es nicht das erste Mal gewesen, dass der Herrscher nach 1871 das Gewicht der Krone in die parlamentarische Waagschale

92 Friedrich August von Liebe an Günther Jansen, 23. März 1884, in: Winfried Baumgart (Hg.): Bismarck und der deutsche Kolonialerwerb 1883–1885. Eine Quellensammlung (Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 40). Berlin 2011, S. 188.

93 Vgl. Pack: Das Ringen um das Sozialistengesetz, S. 165–172.

94 Marschall von Bieberstein an Turban, 23. März 1886, in: Fuchs (Hg.): Friedrich I. und die Reichspolitik, Bd. 2, S. 398.

95 Tagebuch Lucius von Ballhausen, 22. März 1886, in: Stoedten (Hg.): Bismarck-Erinnerungen Lucius von Ballhausens, S. 340. Dieser Wutausbruch Wilhelms I. zeigt deutlich, welcher Unterschied zwischen dem öffentlichen und dem privaten Auftreten des Monarchen bestand. Hofpublizist Louis Schneider schreibt in seiner populären Kaiserbiographie – die er in enger Zusammenarbeit mit Wilhelm I. erstellt hatte – „nie ist nach dem Zeugniß Aller, die den König in jungen wie in älteren Jahren bedient, ein Schimpfwort oder ein Fluch über seine Lippen gekommen“. Louis Schneider: Aus dem Leben Kaiser Wilhelms 1849–1873, Bd. 1. Berlin 1888, S. 71.

96 Reichstagsrede Robert von Puttkamers, 30. März 1886, in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages. VI. Legislaturperiode, II. Session 1885/86, Bd. 3, S. 1736.

97 Wilhelm I. an Augusta, 16. Mai 1884, in: GStA PK, BPH, Rep. 51 J, Nr. 509b, Bd. 29, Bl. 6 f.

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ 23

geworfen hatte.⁹⁸ Bis zu seinem Lebensende setzte der Kaiser alles dafür ein, das Monarchische Prinzip aufrecht zu erhalten, jegliche Konzessionen an den Parlamentarismus zu verhindern und den Kampf gegen die ‚inneren Reichsfeinde‘ entschlossen durchzuführen.⁹⁹

IV.

Zeit seines Lebens betrachtete Wilhelm I. die Zentrumsparterie als parlamentarischen Arm des päpstlichen Machtanspruchs gegenüber der Hohenzollernmonarchie. Mit der Erklärung des Infallibilitätsdogmas, der Annexion des Kirchenstaats durch das Königreich Italien und der Gründung des Zentrums 1870 begann der Monarch den politischen Katholizismus als ernstzunehmende Bedrohung des jungen deutschen Kaiserreichs wahrzunehmen. Von der politischen Notwendigkeit des Kulturkampfs musste Reichskanzler Bismarck seinen Souverän daher erst gar nicht überzeugen.¹⁰⁰ Da Wilhelm von einer ultramontanen Verschwörung gegen die Monarchie, einem ‚Staat im Staate‘ überzeugt war, differenzierte er auch kaum zwischen Zentrum und Klerus; „Ultramontane“, „Kleriker“, „Jesuiten“ und „ZentrumsPartei“ waren ihm einerlei. Sie alle agierten in seinen Augen als Handlanger Pius IX. Anders als Augusta erkannte er nicht den neuartigen gesellschafts- und klassenübergreifenden Charakter der Zentrumsparterie.¹⁰¹ Wo die Kaiserin während der Kulturkampfzeit für politische Flexibilität plädierte, verhartete der Kaiser in starrem Dogmatismus. In ihrer Familie stand Augusta mit dieser Position jedoch isoliert da: Nicht nur ihr Sohn, der spätere 99-Tage-

98 Der nahezu inflationäre Gebrauch kaiserlicher Botschaften an das Parlament wurde innerhalb der Reichsleitung nicht unkritisch begutachtet. „Die dritte allerhöchste Botschaft innerhalb sechs Monaten!“, klagte etwa Robert Lucius von Ballhausen im Juni 1882. „Es hat etwas von Schießen mit Kanonen auf Sperlinge. Ein zu häufiger Gebrauch der stärksten Mittel beeinträchtigt die gewollte Wirkung.“ Tagebuch Lucius von Ballhausen, 18. Juni 1882, in: Stoedten (Hg.): Bismarck-Erinnerungen Lucius von Ballhausens, S. 233.

99 Im letzten Brief, den Wilhelm I. an Bismarck vor seinem Tod am 9. März 1888 schrieb, gratulierte der 90-jährige Monarch seinem Kanzler zur erfolgreichen Verteidigung des Militärhaushalts im Reichstag gegen die Anträge der Oppositionsfaktionen, wodurch die Gefahr einer ‚Parlamentsarmee‘ auf absehbare Zeit gebannt worden sei. Wilhelm I. an Bismarck, 6. Februar 1888, in: OBS, B 126, Bl. 256. Siehe zum Kontext Elfi Bendikat: Die Außenpolitik als Wahlkampfthema. Die Kartellwahlen 1887, in: Lothar Gall (Hg.): Regierung, Parlament und Öffentlichkeit im Zeitalter Bismarcks (Otto-von-Bismarck-Stiftung. Wissenschaftliche Reihe 5). Paderborn u. a. 2003, S. 249–261.

100 Dennoch wird bisweilen fälschlicherweise dargestellt, Wilhelm I. hätte den Kulturkampf nur widerwillig begonnen. So etwa bei Angela Schwarz: Wilhelm I. (1797–1888), in: Michael Fröhlich (Hg.): Das Kaiserreich. Portrait einer Epoche in Biographien. Darmstadt 2001, S. 15–26, hier 22 f.; Wolfgang Neugebauer: Die Hohenzollern. Bd. 2. Dynastie im säkularen Wandel. Von 1740 bis in das 20. Jahrhundert. Stuttgart 2003, S. 166; Fischer: Wilhelm I., S. 303.

101 Vgl. Augusta an Wilhelm I., 5. März 1871, in: Constabel (Hg.): Vorgeschichte des Kulturkampfs, S. 89.

Kaiser Friedrich III. teilte die feindliche Sichtweise seines Vaters gegenüber dem politischen Katholizismus.¹⁰² Auch Wilhelm II. folgte seinem Großvater in dieser Beziehung. Das Verhältnis des letzten Hohenzollernkaisers zum Zentrum und der vermeintlichen ultramontanen Bedrohung sollte in vielerlei Hinsicht dem seines Großvaters ähneln.¹⁰³ Vom „Heldenkaiser“¹⁰⁴ Wilhelm I. und seinen beiden Nachfolgern auf dem Kaiserthron als ‚innere Reichsfeinde‘ stigmatisiert, war es ein mühsamer Weg der Partei und ihrer Wählerschaft hin zur gesellschaftlichen und politischen Akzeptanz im Kaiserreich.

Dieses Schicksal teilten sie mit vielen anderen. Die Bedrohung durch ‚Umsturzparteien‘, durch Ultramontane, Liberale und Sozialisten war für Wilhelm I. nach der Reichsgründung eine allgegenwärtige Furcht. Kulturkampf und Sozialistengesetz stellten in seinen Augen legitime Mittel der Regierung dar, die monarchische Herrschaft gegen ihre vermeintlichen inneren Feinde zu verteidigen. Ohne die Unterstützung durch den ‚Allerhöchsten Willen‘ hätte Bismarck seine staatliche Repressionspolitik nie durchführen können. Fortwährend drängte der Kaiser seinen Kanzler, durch dessen Politik und Auftreten keinerlei Zweifel an der zentralen Stellung der Krone im konstitutionellen System aufkommen zu lassen. Auch hierin sollte er seinem Enkel ein politisches Vorbild sein, der Zeit seiner Herrschaft Reichstag und Parteien mit Hohn und Verachtung gegenübertrat.¹⁰⁵

102 Während des Krieges 1870/71 vertraute der Kronprinz seinem Tagebuch an, mit einem vereinigten Deutschland „gewänne man ein Bollwerk gegen den Sozialismus, gleichzeitig würde aber auch die Nation von dem Druck [...] des Despotismus und der Pfaffenherrschaft befreit, der Jesuitismus und die Orthodoxie würden auf den Kopf getroffen, und es wären damit die Geister von der Bevormundung der Kirche erlöst“. Tagebuch Friedrich Wilhelm, 24. Oktober 1870, in: Heinrich Otto Meisner (Hg.): Kaiser Friedrich III. Das Kriegstagebuch von 1870/71. Berlin/Leipzig 1926, S. 180. Auch die Kulturkampfpolitik bejahte er vollends, „nachdem Pius IX. [...] uns offen den Krieg erklärt“ hätte. Friedrich Wilhelm an Hans-Lothar von Schweinitz, 22. Februar 1875, in: Wilhelm von Schweinitz (Hg.): Briefwechsel des Botschafters General von Schweinitz. Berlin 1928, S. 102.

103 Siehe insbesondere Lamar Cecil: Wilhelm II. Prince and Emperor, 1859–1900. Chapel Hill/London 1989, S. 162 ff.; Jürgen Strötz: Wilhelm II. und der Katholizismus, in: Stefan Samerski (Hg.): Wilhelm II. und die Religion. Facetten einer Persönlichkeit und ihres Umfelds. Berlin 2001, S. 171–198; John C.G. Röhl: Wilhelm II. Der Aufbau der Persönlichen Monarchie 1888–1900. 2. Aufl. München 2010, S. 186–190.

104 So der Titel einer offiziellen Biographie Wilhelms I. anlässlich des 100. Jahrestags seiner Geburt. Wilhelm Oncken: Unser Heldenkaiser. Festschrift zum hundertjährigen Geburtstage Kaiser Wilhelms des Großen. Berlin 1897. Zur populären Rezeption des ersten Hohenzollernkaisers vor 1914 siehe detailliert Reinhard Alings: Monument und Nation. Das Bild vom Nationalstaat im Medium Denkmal – zum Verhältnis von Nation und Staat im deutschen Kaiserreich 1871–1918. Berlin 1996, S. 212–224; Michael L. Hughes: Splendid Demonstrations. The Political Funerals of Kaiser Wilhelm I and Wilhelm Liebknecht, in: Central European History Vol. 41, Nr. 2 (2008), S. 229–253, hier 230–244; Benjamin Hasselhorn: Der Kaiser und sein Großvater. Zur politischen Mythologie Wilhelms II., in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 25 (2015), S. 321–335.

105 Vgl. Röhl: Der Aufbau der Persönlichen Monarchie, S. 780–793.

Wider die „Coalition der Jesuiten und Ultramontanen und Revolution“ 25

Wie die hier aufgezeigten politischen Positionen Wilhelms I. zeigen, prägte dieser sowohl durch Haltung und Auftreten, als auch durch seine Unterstützung Bismarcks die innen- und verfassungspolitische Entwicklung des Kaiserreichs entschieden mit.¹⁰⁶ „Der Kaiser u. der Fürst Bismarck sind die Schöpfer dieser Dinge gewesen“, musste 1885 selbst Kronprinzessin Victoria zugeben, „u. der Stempel ihrer Persönlichkeit u. ihrer Auffassungen sind allen Dingen aufgedrückt. [...] unter diesen Männern allein ist entstanden, was wir heute vor uns sehen, – ein eigenartiges Gebilde mit seinen großen Seiten, aber auch mit seinen Schwächen.“¹⁰⁷

106 Den Zusammenhang zwischen der langjährigen Herrschaft Wilhelms I. und der politischen Entwicklung Preußens und Deutschlands betont auch Jonathan Steinberg: „Dass Wilhelm I. so lange lebte, war Zufall. Wäre er irgendwann vor 1887 gestorben, hätte mit seinem Tod die Ära der parlamentarischen Souveränität in Deutschland begonnen. Das Zusammenwirken von reaktionärem Kaiser und Bismarcks Genie verhinderte diesen Übergang, aber nur knapp.“ Jonathan Steinberg: *Bismarck. Magier der Macht*. Berlin 2012, S. 525.

107 Victoria an Heinrich Friedberg, 1. Juli 1885, in: Baumgart (Hg.): *Bismarck und der deutsche Kolonialerwerb*, S. 480.